



Medienmitteilung: Rohstoff

Datum: Dienstag 27.09.2022
Sperrfrist: 09.00 (nach der Rede im Erstrat)

Bundesrat präsentiert seine Ziele für das Jahr 2023

Am 27. September 2022 hat Bundespräsident Ignazio Cassis im Nationalrat die Ziele des Bundesrats für das Jahr 2023 präsentiert. Diese sind auf die drei Leitlinien der Legislaturperiode 2019–2023 abgestimmt. Es stehen dabei folgende Schwerpunkte im Vordergrund:

Leitlinie 1: Wohlstand

Finanzpolitik

Der Bundesrat wird 2023 über das weitere Vorgehen betreffend die Überprüfung der Aufteilung der Aufgaben und der Finanzierungsverantwortung zwischen dem Bund und den Kantonen (Projekt Aufgabenteilung II) entscheiden. Er hat das Projekt am 19. März 2021 sistiert. Sollte eine Wiederaufnahme beschlossen werden, wird der Bundesrat ein neues Mandat beschliessen, das unter anderem auch die im Fokus stehenden Aufgabenbereiche festlegen wird.

Finanzmarktpolitik

Der Bundesrat wird 2023 weitere Massnahmen zur Verbesserung der Standortqualität für Digital Finance auf Grundlage der Auslegeordnung von 2022 ergreifen und das weitere Vorgehen festlegen. Durch eine einfache und rechtssichere Nutzung digitaler Technologien sowie eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Finanzdienstleistern, Technologieanbietern und weiteren Akteuren soll die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Finanzplatzes gestärkt werden. Ferner soll die Position der Schweiz als führender nachhaltiger Finanzstandort weiter gefestigt werden, insbesondere bezüglich Klima- und Biodiversitätsbelangen. Zu diesem Zweck nimmt die Schweiz Einfluss auf die relevanten internationalen Arbeiten, inklusive in der G20 und im Internationalen Währungsfonds (IWF). Der Bundesrat wird das weitere Vorgehen diesbezüglich festlegen.

Bankwesen

Der Bundesrat wird 2023 über die Revision der Eigenmittelverordnung zur Umsetzung von Basel III final entscheiden. Gemäss aktueller Planung wird die Schweiz den internationalen Basel-Standard im Jahr 2024 für alle Banken in der Schweiz verbindlich umsetzen. Basel III ist ein umfassendes Reformpaket des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (BCBS) zur Stärkung der Solvenz und Liquidität im Bankensektor.

Steuerpolitik

Der Bundesrat wird 2023 vom Ergebnis der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den steuerlichen Abzug der Berufskosten von unselbständig Erwerbenden Kenntnis nehmen und das weitere Vorgehen diesbezüglich festlegen. Unselbständig erwerbende Personen sollen wählen können, ob sie eine Pauschale oder die tatsächlichen Berufskosten abziehen wollen.

Zollwesen

Der Bundesrat wird 2023 das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz zur Kenntnis nehmen. Mit der Totalrevision des Zollrechts wird der rechtliche Rahmen für die laufende digitale Transformation (Programm DazIT) gelegt und gleichzeitig die notwendige organisatorische Flexibilität geschaffen, damit das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit noch rascher und wirksamer auf veränderte Lagen reagieren kann.

Bundespokal

Im Hinblick auf die neue Legislatur wird der Bundesrat 2023 die Personalstrategie Bundesverwaltung 2024–2027 beschliessen. Mit dieser begegnet er den Herausforderungen, die sich für die Arbeitgeberin Bundesverwaltung aus der demografischen Entwicklung und den Veränderungen der Arbeitswelt ergeben. Zentrale Themen sind dabei u.a. die Personalplanung, das Kompetenzmanagement, die Aus- und Weiterbildung, Flexibilität bei Einsatz und Anstellung, Kulturwandel, Bindung oder Einsatz von neuen Technologien. Zudem wird der Bundesrat 2023 über Optimierungsmassnahmen für das Lohnsystem der Bundesverwaltung entscheiden und das Bundespersonalrecht entsprechend anpassen.

Wirtschaftspolitik

Der Bundesrat wird 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung verabschieden. Das Einkommen und das Vermögen jeder erwachsenen Person sollen einzeln besteuert werden. Die Höhe der Steuer bei einem Ehepaar bestimmt sich somit grundsätzlich nach dem Einkommen und dem Vermögen des Individuums und nicht nach dem Gesamteinkommen und -vermögen der Eheleute. Mit der Individualbesteuerung werden Erwerbsanreize gesetzt und die Chancengleichheit von Mann und Frau verbessert. Ferner wird der Bundesrat 2023 die Verordnung zur Ergänzungssteuer (OECD/G20-Projekt zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft) gutheissen. Die Regelungen zur OECD-Mindeststeuer für grosse internationale Unternehmen werden wegen des grossen Zeitdrucks in einer vorübergehenden Verordnung direkt gestützt auf die Übergangsbestimmung in der Verfassung erlassen. Schliesslich wird der Bundesrat 2023 die Botschaft über die Standortförderung 2024–2027 verabschieden. Sie umfasst die KMU-Politik, die Tourismuspolitik, die Regionalpolitik und die Exportförderung beziehungsweise die Standortpromotion. Die Instrumente der Standortförderung werden im Hinblick auf die Botschaftsperiode 2024–2027 den aktuellen Herausforderungen entsprechend weiterentwickelt.

Covid-19: Finanzielle Hilfe

Der Bundesrat wird 2023 einen Bericht über die Umsetzung der Unterstützungen an Unternehmen im Rahmen der Covid-19-Härtefallverordnung 2020 (HFMV 20) und der Covid-19-Härtefallverordnung 2022 (HFMV 22) gutheissen. Die durch die Kantone gewährten Härtefallhilfen umfassen à-fonds-perdu-Beiträge, Darlehen, Garantien oder Bürgschaften.

Digitalisierung

Der Bundesrat wird 2023 vom Ergebnis einer Konsultation bei Bund und Kantonen zu den Varianten der Weiterentwicklung der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) Kenntnis nehmen und den Auftrag erteilen, eine Vernehmlassungsvorlage zu den für die bevorzugte Variante notwendigen Verfassungsgrundlagen zu schaffen. Zudem wird der Bundesrat 2023 die Strategie der Bundesverwaltung 2024–2027 im Bereich der digitalen Transformation und der Informatik beschliessen. Sie beinhaltet ein nachgeführtes, fokussiertes Zielbild zum angestrebten Stand der Digitalen Transformation der Verwaltungsinstanzen der Schweizerischen Eidgenossenschaft per Ende der dritten Dekade. Ferner wird der Bundesrat 2023 die Botschaft zu einem neuen E-ID-Gesetz verabschieden. Schliesslich wird der Bundesrat 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG) verabschieden. Der Aufbau eines nationalen Adressdienstes für Verwaltungsaufgaben fand in der Vernehmlassung weitgehende Zustimmung.

Geoinformation und Geologie

Der Bundesrat wird 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) verabschieden. Es beinhaltet neu die rechtlichen Grundlagen für die neue Verbundaufgabe «Leitungskataster Schweiz». Zudem wird der Bundesrat 2023 die Teilrevision der Verordnung über die Landesgeologie (LGeoIV) in Kraft setzen. Diese regelt den Austausch geologischer Daten zwischen Privaten einerseits und den Kantonen bzw. den Fachstellen des Bundes andererseits.

Handels- und Aussenwirtschaftspolitik

Der Bundesrat beabsichtigt, die noch offenen Punkte der in der Substanz abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten zu bereinigen, damit das Abkommen im Anschluss unterzeichnet und im 2023 die Botschaft verabschiedet werden kann. Weiter wird der Bundesrat 2023 die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Moldawien verabschieden. Der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den EFTA-Staaten würde es Moldawien ermöglichen, den wirtschaftlichen Integrationsprozess weiterzuentwickeln und Schweizer Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Produktionsketten in Moldawien zu erweitern.

Bildungs- und Forschungspolitik

Der Bundesrat wird 2023 die Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 eröffnen. Damit beantragt er inhaltliche Stossrichtungen sowie Finanzierungsbeschlüsse für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028. Die Schweiz soll in diesem für die Wohlfahrt des Landes fundamentalen Bereich eine führende Stellung behalten und aktuelle Herausforderungen wie die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft meistern. Ferner wird der Bundesrat 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt Movetia verabschieden. Die Änderung der rechtlichen Struktur von Movetia (derzeit eine privatrechtliche Stiftung) soll die Gouvernanz verbessern. Schliesslich wird der Bundesrat 2023 das Abkommen zur Assoziierung der Schweiz am Programm «Erasmus+», dem EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa genehmigen, falls Verhandlungen mit der EU aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden können. Das analoge Ziel besteht für den Abschluss eines Assoziierungsabkommens zum Horizon-Paket 2021-2027 (bestehend aus dem Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation Horizon Europe, dem Euratom-Programm, ITER sowie dem Digital Europe Programme): Ein Abschluss im 2023 ist im Hinblick auf eine integrale Beteiligung der Schweizer Forschenden geplant, falls die EU die Aufnahme von Verhandlungen zulässt und diese erfolgreich abgeschlossen werden können.

Verkehrspolitik

Der Bundesrat wird 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Eisenbahngesetzes verabschieden. Damit der grenzüberschreitende Bahnverkehr möglichst reibungslos funktioniert, soll die sogenannte technische Säule des vierten EU-Eisenbahnpakets auch in der Schweiz umgesetzt werden. Sodann wird der Bundesrat 2023 die Botschaft zu einem Gesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur verabschieden. Zugunsten eines effizienten und vernetzten Verkehrssystems sollen damit Bereitstellung, Austausch, Verknüpfung und Nutzung von Mobilitätsdaten vereinfacht werden. Schliesslich wird der Bundesrat 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing verabschieden. Mit dem Gesetz sollen die Kantone und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, solche Pilotprojekte durchzuführen. Das Gesetz soll zudem die Grundlage schaffen, damit der Bund Pilotprojekte finanziell unterstützen kann.

Leitlinie 2: Zusammenhalt

Kulturpolitik

Der Bundesrat wird 2023 die Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2025–2028 eröffnen. Sie legt die strategische Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes in der Förderperiode 2025–2028 fest. Sie präsentiert die Ziele, die wichtigsten Massnahmen und die Finanzierung sämtlicher Förderbereiche des Bundesamtes für Kultur, der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia und des Schweizerischen Nationalmuseums. Weiter wird der Bundesrat 2023 den Bericht über die Rahmenbedingungen für eine Landesausstellung verabschieden. Damit werden die Grundlagen zum weiteren Vorgehen im Hinblick auf die mögliche Durchführung einer Landesausstellung gelegt.

Jugendpolitik

Der Bundesrat wird 2023 die Vernehmlassung zur politischen Bildung der jungen Generation unter Einbezug der Kantone durchführen. Damit beabsichtigt er die Stärkung des politischen Wissens und Interessens der jungen Bevölkerung und somit eine höhere politische Partizipation.

Familienpolitik

Der Bundesrat wird 2023 eine Strategie zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verabschieden. Er wird bei dieser Gelegenheit eine Auslegeordnung über die laufenden Tätigkeiten vornehmen und prüfen, wo weiterer Handlungsbedarf besteht, und welche Massnahmen seitens des Bundes ergriffen werden sollen.

Gesellschaftspolitik

Der Bundesrat wird 2023 die Reform zur AHV 21 umsetzen. Das Ziel der Reform ist es, das finanzielle Gleichgewicht der AHV zu sichern und das Leistungsniveau in der AHV zu erhalten. Sodann wird der Bundesrat 2023 einen Bericht über die langfristigen Folgen der demographischen Entwicklung auf die Generationenbeziehungen sowie auf die verschiedenen Politikbereiche mit entsprechenden Handlungsfeldern gutheissen.

Sozialpolitik

Der Bundesrat wird 2023 die Botschaft zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und des Unfallversicherungsgesetzes (UGV) verabschieden. Damit soll garantiert werden, dass Taggelder auch in Fällen bezahlt werden, in denen die Erwerbsunfähigkeit auf einen Rückfall oder auf Spätfolgen eines Unfalles zurückgehen, welchen die versicherte Person als Jugendlicher oder Jugendliche erlitten hatte. Ferner wird der Bundesrat 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) betreffend betreutes Wohnen verabschieden. Ziel ist die Festlegung der neu durch die EL zu vergütenden Leistungen für das betreute Wohnen von Personen mit einer Ergänzungsleistung zur Altersrente.

Gesundheitspolitik

Der Bundesrat wird 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Transplantationsgesetzes verabschieden. Damit soll die Sicherheit der Transplantationsmedizin mit einem Vigilanzsystem erhöht und der Vollzug gestärkt werden. Zudem werden wissenschaftliche und regulatorische Entwicklungen, die seit dem Inkrafttreten des Transplantationsgesetzes vor mehr als zehn Jahren eingetreten sind, aufgenommen. Weiter wird der Bundesrat 2023 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Heilmittelgesetzes eröffnen. Damit soll der Zugang der Patientinnen und Patienten zu innovativen Arzneimitteltherapien sichergestellt, der Versandhandel mit nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln vereinfacht und die Verwendung von elektronischen Instrumenten zur Stärkung der Medikationssicherheit bei Kindern und Erwachsenen geregelt werden. Schliesslich wird der Bundesrat 2023 die Vernehmlassung zur Revision des Epidemiegesetzes eröffnen. Es soll dort revidiert werden, wo sich Regelungslücken und Optimierungsbedarf gezeigt haben, aber ansonsten soll beibehalten werden, was sich bewährt hat. Ausgewertet werden dabei Vollzugserfahrungen vor und mit Covid-19. Das revidierte Gesetz soll es Bund und Kantonen in enger Zusammenarbeit ermöglichen, die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung vor zukünftigen Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten zu schützen und die dafür notwendigen Vorsorgemassnahmen rechtzeitig und verhältnismässig zu ergreifen.

Gesundheitsversorgung

Der Bundesrat wird 2023 die Vernehmlassung zu den Massnahmen zur Kostendämpfung (Paket 1b der Revision des Bundesgesetzes über die Krankversicherung) eröffnen. Die Vorlage umfasst die Umsetzungsbestimmungen zum Kostenmonitoring, die Substitutionsmöglichkeit bei Arzneimitteln und die Zulassungsverfahren für Arzneimittel.

Digitale Transformation im Gesundheitswesen

Der Bundesrat wird 2023 die Botschaft zum Programm «Digitale Transformation Gesundheit» verabschieden. Dies mit dem Ziel, dass sich die einzubindenden Akteure für gemeinsame Zielsetzungen und für ihren eigenen Beitrag zur Zielerreichung verpflichten. Ferner wird der Bundesrat 2023 die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) eröffnen. Die Revision bezweckt die Verbesserung der Rahmenbe-

dingungen für die Weiterentwicklung des EPD, um dessen Nutzen für alle Beteiligten erhöhen zu können.

Aussenpolitik allgemein

Der Bundesrat wird 2023 seine Aussenpolitische Strategie für die Legislatur 2024–2027 verabschieden. Sie wird die Schweiz im internationalen Umfeld verorten, den Rahmen für die Aussenpolitik abstecken und Schwerpunkte mit entsprechenden Zielen definieren.

Menschenrechtspolitik

Die allgemeine regelmässige Überprüfung (UPR) ist ein Mechanismus der UNO zum Monitoring der Menschenrechtslage. Jeder UNO-Mitgliedstaat wird im Fünfjahresrhythmus in einem Peer-Review-Verfahren von den anderen Staaten überprüft. Die Schweiz ist im Frühjahr 2023 zum vierten Mal an der Reihe. 2023 wird der Bundesrat die gemeinsame Stellungnahme des Bundes und der Kantone zu den Empfehlungen verabschieden, die aus dieser Überprüfung resultieren.

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik

Im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2021–2024 wird der Bundesrat im ersten Halbjahr 2023 den mehrjährigen Beitrag an das Flüchtlingshilfswerk der UNO (UNHCR) beschliessen. Es handelt sich um eine prioritäre Organisation der Schweizer IZA.

Europapolitik

Der Bundesrat wird sich 2023 dafür einsetzen, dass der bilaterale Weg mit der EU stabilisiert und nachhaltig ausgerichtet wird. Er wird zudem ein «Framework for Participation Agreement» mit der EU abschliessen, das den rechtlichen und administrativen Rahmen für die Entsendung von Schweizer Expertinnen und Experten in zivile Krisenbewältigungsmissionen der EU definiert. Dadurch soll das Verfahren für künftige Schweizer Entsendungen an zivile EU-Missionen erleichtert und effizienter gestaltet werden. Sodann wird der Bundesrat im ersten Halbjahr 2023 die verbleibenden Umsetzungsabkommen mit Partnerländern des zweiten Schweizer Beitrags abschliessen, mit der Absicht, die Kooperationsprogramme ab 2023 bis 2029 umzusetzen.

Leitlinie 3: Sicherheit

Migrationspolitik

Der Bundesrat wird 2023 ein zweijähriges Folgeprogramm zur Aufnahme von anerkannten Flüchtlingsgruppen (Resettlement) verabschieden. Das Programm stützt sich auf das Umsetzungskonzept Resettlement von 2019. Ferner wird der Bundesrat 2023 den Schlussbericht «Projekt reFRONT Überprüfung der Zusammenarbeit im Grenzkontrollbereich» zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Inhalt des Schlussberichts werden konkrete Umsetzungsempfehlungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Grenzverwaltung bilden. Diese basieren auf den identifizierten Verbesserungspotenzialen und den im Projekt erarbeiteten Verbesserungsvarianten und deren Bewertungen.

Terrorismus

Der Bundesrat wird 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über die polizeiliche Bearbeitung von Flugpassagierdaten verabschieden. Passenger Name Records (PNR-Daten) sind Passagierangaben, welche die Fluggesellschaften in ihren Buchungs- und Abfertigungssystemen führen. Sie werden von den EU-Staaten basierend auf der nicht-Schengen-relevanten Richtlinie 2016/681 (EU) sowie von vielen weiteren Staaten als wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus und der Schwerstkriminalität genutzt. Für den Aufbau eines nationalen Systems zur Nutzung von PNR-Daten in der Schweiz bedarf es einer formellen Rechtsgrundlage.

Kriminalität

Der Bundesrat wird 2023 die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI) eröffnen. Zur Bekämpfung von international und national agierender Schwerstkriminalität ist der Informationsaustausch zentral. Deshalb soll mit dieser Revision für den verbesserten polizeilichen Informationsaustausch ein vollständig technologie- und anwendungsneutrales Gesetz geschaffen werden.

Sicherheitspolitik

Der Bundesrat wird 2023 das Konzept zur Planung, Durchführung und Auswertung von kleineren, thematisch fokussierten Übungen (Planungszeitraum 2026–2029) unter Einhaltung eines Zwei- oder Drei-Jahres-Rhythmus genehmigen. Im Weiteren wird der Bundesrat das Konzept für eine integrierte Übung im Jahre 2025 genehmigen. Sie wird eine strategische Führungsübung (SFU) und eine Sicherheitsverbandsübung (SVU) kombinieren. Ferner wird der Bundesrat die Armeebotschaft 2023 verabschieden. Im Vordergrund stehen unter anderem die Modernisierung der Mittel der Bodentruppen und Investitionen im Bereich der Cyber-Abwehr. Schliesslich wird der Bundesrat 2023 das Informationssicherheitsgesetz in Kraft setzen. Es schafft einen einheitlichen formell-gesetzlichen Rahmen für die Informationssicherheit beim Bund. Der Fokus liegt auf den kritischsten Informationen und Systemen sowie auf der Standardisierung der Massnahmen.

Energiepolitik

Der Bundesrat wird 2023 die Vernehmlassung zu einem Gesetzesentwurf über die Integrität und Transparenz des Strom- und des Gasgrosshandelsmarkts eröffnen. Ferner wird der Bundesrat 2023 den Bericht «Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen» (in Erfüllung des Po. Grossen 20.4627) gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, welche Gesetze und Verordnungen anzupassen sind, um einen fossilfreien Verkehr bis 2050 zu ermöglichen.

Umweltpolitik

Der Bundesrat wird 2023 zum Schutz der Zuströmbereiche bei Trinkwasserfassungen die Vernehmlassung zur Revision des Gewässerschutzgesetzes eröffnen. Damit sollen die Subventionen des Bundes für die Bestimmung der Zuströmbereiche erhöht werden, sobald diese Arbeiten bis Ende 2030 abgeschlossen sind. Darüber hinaus wird der Bundesrat 2023 eine weitere Revision des Gewässerschutzgesetzes in die Vernehmlassung schicken. Dadurch sollen Massnahmen zur Reduktion der Stickstoffeinträge sowie zur Elimination von Mikroverunreinigungen in Abwasserreinigungsanlagen gestärkt werden.

Nachhaltigkeitspolitik

Der Bundesrat wird 2023 auf Basis einer Wirkungsanalyse über die Weiterführung der Massnahmen und Pilotprojekte des Aktionsplans «Strategie Biodiversität Schweiz» zwischen 2024–2027 entscheiden und allfällige Priorisierungen der für die Biodiversität gesprochenen Mittel vornehmen. Sodann wird der Bundesrat 2023 ein Massnahmenpaket zur Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft verabschieden. Trotz Effizienzgewinnen sieht der Bundesrat Handlungsbedarf im Hinblick auf eine nachhaltige Ressourcennutzung, insbesondere in den für die Umwelt relevantesten Bereichen Ernährung, Wohnen und Mobilität.

Cyberisiken

Der Bundesrat wird 2023 die im Jahr 2022 beschlossenen Optimierungsmassnahmen zu den Strukturen des Bundes im Bereich der Cyberisiken umsetzen. Weiter wird der Bundesrat 2023 die Vernehmlassung zur Verordnung über die Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen eröffnen. Die Meldepflicht soll es dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) ermöglichen, eine verbesserte Übersicht über Cyberangriffe in der Schweiz zu gewinnen, Betroffene bei der Bewältigung von Cyberangriffen zu unterstützen und alle anderen Betreiberinnen kritischer Infrastrukturen zu warnen.